

Liebe LeserInnen!



Dr. Norbert Sievers,
Redaktionsleiter

Trotz Wirtschaftswachstum in Deutschland macht sich Krisenstimmung breit. Auch der kulturpolitische Diskurs ist davon betroffen. Bislang sicher geglaubte Selbstverständnisse der »reflexiven Moderne« (Ulrich Beck) werden in Frage gestellt. Vor allem deren programmatische Codes, die in den Kategorien der Individualisierung, der Enttraditionalisierung, der Entgrenzung, der Verflüssigung und der Hybridisierung gefasst waren und die kulturpolitische Diskussion nachhaltig beeinflusst haben, werden aktuell vor allem hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit befragt und in Zweifel gezogen. Kosmopolitismus und Globalisierung als politische Projekte werden fragwürdig und neue Grenzziehungen werden wieder (denk) möglich, wo Abspaltungen und Alleingänge (wie »Brexit«) im global entfesselten Liberalismus und Kapitalismus wieder Sicherheit verbürgen sollen. Und die liberalen Demokratien verlieren eine wichtige Grundlage, wenn die bürgerlichen Werte der Zweiten Moderne (Selbstbestimmung, Autonomie, Subjektivität und Identität) sich aufzulösen beginnen. Populismus und reaktionäre Bewegungen sind eine Folge davon und schon lange kein Randphänomen mehr.

Man muss diese verkürzt dargestellten Diagnosen nicht teilen, um darin eine Herausforderung für Kulturpolitik zu sehen, weil sie deren normative Prämissen und faktische Praktiken berührt. Es reicht, sich einmal vorzustellen, wie die Weltlage auch gesehen werden könnte: Wenn Staaten an Ordnungsmacht verlieren, Grenzen nicht mehr geschützt werden können und ungesteuerte Migration zunimmt, wirkt die Forderung nach Entgrenzung und mehr Grenzüberschreitung zumindest fragwürdig. Wo ethnische Vielfalt sich bereits in »Superdiversität« (Steven Vertovec) gewandelt hat, ist der Wunsch nach mehr kultureller Differenz für viele Menschen kaum noch überzeugend. Wo die Feier der Hybridisierung auf in ihrer Identität »zunehmend fragmentierte und dynamisierte« (Ingolfur Blühdorn) Individuen und »identitätsverunsicherte Gesellschaften« (Andreas Wirsching) trifft, greift der Wunsch nach noch mehr Individualisierung möglicherweise über das Ziel hinaus. Wo Freiheit und Selbstbestimmung immer mehr im Sinne einer konsumorientierten Kultur des Wählens interpretiert und gelebt werden, wirkt das utopische Potenzial, das mit der Figur des »autonomen Subjekts« in der Zweiten Moderne verbunden war, zunehmend erschöpft.

Die Irritationen, die damit angezeigt sind, gehen – genau besehen – an die programmatische Substanz der Neuen Kulturpolitik, die in ihren gesellschaftspolitischen Diskursen stets orientiert war an den Ideen der Aufklärung und der Zweiten Moderne. Sie ist heute mit neuen Erklärungsmustern konfrontiert, die den Kosmopoliten und Individualisten eine wachsende Gruppe artikulationsfähiger Kommunitaristen gegenüberstellt (siehe den Beitrag von Wolfgang Merkel in diesem Heft) beziehungsweise einen Grundkonflikt zwischen dem Kulturalisierungsregime der »Hyperkultur« und dem des »Kulturessentialismus« (Andreas Reckwitz) ausmacht (siehe die Beiträge von Thomas Krüger und Christina Stausberg in diesem Heft). Auch wenn diese Argumentationsfiguren die kulturelle Lage möglicherweise überzeichnen, sind sie doch für die Kulturpolitik von zentraler Bedeutung, weil darin – gewollt oder nicht – legitimatorisch verortet. Die Diskussion darüber ist eröffnet und wird auch in dieser Zeitschrift weiterhin geführt werden.

Ihr
Norbert Sievers
für die KuMi-Redaktion